

Roman Herzog
Festvortrag

Preisverleihung der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung
6. November 2005

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor allem liebe Preisträger,

es würde Ihnen sicher etwas fehlen, wenn nach Herrn Dr. Gerken und dem Herrn Oberbürgermeister nicht auch ich als Vorsitzender des Kuratoriums der Hayek-Stiftung Sie noch einmal ausdrücklich herzlich begrüßen würde. Ich freue mich, dass wir heute in einem so stattlichen und repräsentativen Kreis beisammen sind.

Was über Freiheit und über Wettbewerb zu sagen war, ist bereits gesagt worden. Lassen Sie mich also über die Schwierigkeiten bei der Durchsetzung dessen, was wir alle miteinander für richtig halten, sprechen. Deutschland ist im Augenblick in einer merkwürdigen Situation. Wir leben immer noch, jedenfalls als Volk im ganzen, in einem unglaublichen Wohlstand, und wer denken kann und ein bisschen historische Erinnerung besitzt, der weiß genau, woher dieser Wohlstand kommt. Er kommt aus den Elementen Freiheit und Wettbewerb. Zusammengesetzt heißt das Marktwirtschaft oder konkreter für Deutschland: Soziale Marktwirtschaft, was man gerade hier in Freiburg füglich sagen darf.

Das Problem ist nur – wie bei der Temperatur –, dass wir zwar in großer Wärme und Behaglichkeit leben, aber unsere »gefühlte Temperatur« oft anders ist. Der Begriff der »gefühlten Temperatur« ist erst in den letzten zehn, zwölf Monaten aufgekommen. Aber wer an der Spitze des Fortschritts stehen will, wie wir alle, der wird sich auch diese Vokabel angewöhnen müssen. Unser »gefühlter« Wohlstand ist viel geringer, vielleicht nicht bei Ihnen hier im Saal, aber jedenfalls bei den meisten Bürgern, die in der Demokratie schließlich die Entscheidungen treffen müssen. Man muss sich darüber aber nicht wundern. Denn dies ist eine Folge der großartigen Entwicklung der letzten 55 Jahre. 55 Jahre lang ist es bei uns immer aufwärts gegangen. 55 Jahre lang hat jeder Bürger mit »Wirtschaft« automatisch Wohlstand und Zuwachsraten assoziiert.

Wenn man ganz optimistisch ist, kann man sagen, dass der Mensch etwa mit 20 Jahren beginnt, politisch zu denken – im Durchschnitt; bei manchen kommt es früher, bei manchem kommt es nie. Das bedeutet, dass selbst Deutsche, die heute 70 bis 75 Jahre alt sind, eine Marktwirtschaft, in der die Produktion stagniert oder in der es vielleicht sogar das gibt, was man mit dem tollkühnen Wort Minuswachstum umschreibt, nicht kennen. Die Menschen sind schockiert, dass es heute so etwas gibt. Man mag das für richtig halten oder nicht, es ist ein politisches Faktum, und dieses Faktum bedeutet für diejenigen, die über die Zusammenhänge nachdenken und die die Bedeutung von Freiheit und Wettbewerb zu schätzen wissen, dass sie sich wieder mehr Mühe geben müssen, die Bedeutung dieser Werte immer wieder aufs neue zu betonen.

Marktwirtschaft beginnt mit Freiheit und Wettbewerb. Herr Gerken hat bereits betont, dass die erste Voraussetzung der Marktwirtschaft Freiheit ist und die zweite Voraussetzung Gleichheit, aber Gleichheit vor dem Gesetz. Wie sieht es aber tatsächlich aus? Der Freiheit sind heute bei uns enge Grenzen gesetzt, weil wir eine unerhörte Vielzahl von Gesetzen haben, die die Freiheit einschränken, zum Teil ganz unerträglich. Und was heißt heute Gleichheit vor dem Gesetz? Kein Mensch weiß, was im Gesetz steht. Schauen Sie sich die vielen Bände des Bundesgesetzblattes an. Von außen ist es repräsentativ, von innen ist es fürchterlich.

Man muss jetzt weiterfragen: Was ist eigentlich die Haupttriebfeder in der Marktwirtschaft? Die Haupttriebfeder ist Wettbewerb in Freiheit. Aber was heißt das praktisch? »Ihr setzt auf die niedrigste menschliche Eigenschaft überhaupt, nämlich auf den Egoismus!«, wird einem immer wieder entgegengehalten – nicht nur in evangelischen Akademien, sondern auch von ganz normalen Menschen. Ich habe nie eine überzeugende Antwort darauf gefunden. Ich finde nämlich, der Vorwurf besteht zu Recht. Ich bin der Meinung, der menschliche Egoismus ist das Zuverlässigste am Menschen überhaupt! Ethisch würde ich mich selbst, soweit es mir möglich ist, nie nur egoistisch verhalten. Aber ein politisches, gesellschaftliches und letzten Endes auch wirtschaftliches System auf den Egoismus aufzubauen ist viel zuverlässiger und viel erfolversprechender, als es auf irgendwelchen Ethiken aufzubauen.

Die nächsten Fragen sind: Was ergibt sich daraus? Und: Wie formuliert man das? Ich habe Ihnen heute keinen Vorschlag anzubieten. Wir müssen uns darüber Gedanken machen. In dem Maße, in dem Marktwirtschaft, also Wettbewerb und Freiheit, nicht mehr automatisch verbunden sind mit Fortschritt und zunehmendem Wohlstand, werden wir diese Werte wieder präziser und überzeugender begründen müssen. Unweigerlich ist es so, dass wir, wenn wir Freiheit schaffen, Ungleichheit in Kauf nehmen. In dem Moment, in dem wir vollkommene Gleichheit anstreben, müssen wir die Freiheit verbieten. Aber die Freiheit soll im Augenblick nicht unser Problem sein. Unser Problem ist die Ungleichheit: Lassen Sie uns die Marktwirtschaft einmal dem Staat gegenüberstellen. Denn die Wirtschaft ist, so wie auch der Staat, ein Subsystem unseres Gemeinwesens. In der Wirtschaft, wie auch am Staat, kann jeder mitwirken. Für den Staat bedeutet das ein allgemeines Wahlrecht, wie es im Grundgesetz steht. So sollte es und nur so kann es auch wirklich funktionieren.

In der Wirtschaft gibt es aber nicht ein gleiches Beteiligungsrecht wie bei Wahlen. Zum Ausgleich für die ungleichen Teilhabemöglichkeiten am Wirtschaftsgeschehen haben wir eine Reihe von Kompensationen eingeführt. Eine der Kompensationen ist unser soziales Netz, was auch immer man im einzelnen dazu zählen mag. Eine zweite Kompensation ist die ungeheure Anzahl von kostenlosen oder fast kostenlosen staatlichen Leistungen. Wir nutzen ein riesiges Straßennetz ohne Gebühren. Wir haben ein Gesundheitswesen, über das man im Einzelfall natürlich fürchterlich schimpfen kann, das sich aber in der Welt sehen lassen kann. Wir haben ein Bildungswesen, das den einzelnen praktisch nichts kostet und vieles mehr. Dass wir das so nicht fortsetzen können, sondern bei diesen Systemen auch Abstriche machen müssen, ist ein kritischer Punkt. Daraus ergibt sich jedoch, dass eine dritte Kompensation, von der ich jetzt sprechen möchte, immer wichtiger wird. Diese dritte Kompensation ist die Chancengleichheit, die Gleichheit des sozialen Aufstiegs durch Leistung und des sozialen Abstiegs als Folge von Leistungsschwäche.

Damit sind wir bei unserem Bildungswesen. Ich will Ihnen vier Baustellen nennen. Ich weiß, dass das kein wissenschaftlicher Ausdruck ist, aber vielleicht bleibt er besser im Gedächtnis. Es geht um vier Baustellen, an denen wir im Zusammenhang mit dem Thema Marktwirtschaft werden hart arbeiten müssen.

Die erste Baustelle ist folgende: Wenn die PISA-Studien – die ich alle nur zu einem Drittel ernst nehme – recht haben mit der Behauptung, dass der soziale Aufstieg in unserem System nicht mehr funktioniert, dann ist nicht nur etwas am System faul, sondern es gefährdet das System selbst. Ich sage Ihnen hier meine subjektive Auffassung, die ich jederzeit bereit bin, auch woanders zu äußern. Gedruckt ist sie schon, aber was man heute drucken lässt, das spielt sich ohnehin unter Ausschluss der Öffentlichkeit ab, weil keiner mehr Bücher liest. Mit der Begründung, man müsste Kindern aus »bildungsfernen« Familien den sozialen Aufstieg ermöglichen und erleichtern – ein Motiv, das ich absolut für richtig und für elementar notwendig halte, wenn dieses System ehrlich sein soll – wurden die Anforderungen an unsere Schulen und an unser Bildungswesen allgemein Stück für Stück nach unten geschraubt. Dies hat manchen Arbeiterkindern den sozialen Aufstieg ermöglicht oder zumindest wesentlich erleichtert. Aber es hat auch den notwendigen Abstieg dummer oder fauler Kinder aus

arrivierten Familien verhindert. Nur darum war dieses System über 30 Jahre lang mehrheitsfähig. Etwas übertrieben könnte man sagen: Die einen wollten, dass ihre Klientel aufsteigen kann, und die anderen wollten, dass ihre Kinder nicht mehr absteigen müssen.

Ich glaube, wir müssen die Sache anders angehen. Die Kinder aus den so genannten »bildungsfernen« Familien, vor allen Dingen auch aus Zuwandererfamilien, müssen individuell gefördert werden, höchstwahrscheinlich müssen auch die Familien selbst gefördert werden. Wenn Sie die neuesten Erkenntnisse der letzten PISA-Studie lesen, dann finden Sie die These: »Das entscheidende Aufstieghemmnis sind oft gar nicht wirtschaftliche oder finanzielle Hindernisse, sondern die Tatsache, dass die Eltern kein Verständnis für die Vermittlung von Bildung haben oder fürchten, und zwar nicht zu Unrecht, ihre Kinder zu verlieren«. An dieser Stelle muss man ansetzen, und in dem Zusammenhang hat auch die Ganztagschule ihren Sinn, aber nur in dem Zusammenhang.

Zur zweiten Baustelle: Marktwirtschaft und Wettbewerb funktionieren um so besser, je mehr Menschen sich daran beteiligen. Wenn nur zwei miteinander konkurrieren, ist die Wahrscheinlichkeit, dass daraus etwas Gutes und vor allem etwas Neues entsteht, im allgemeinen wesentlich geringer, als wenn sich Tausende und Abertausende daran beteiligen, vor allem in einer Gesellschaft, die im Zuge der Globalisierung immer mehr alte Produktionen aufgeben und in neue Arbeitsfelder vorstoßen muss. Dabei ist es notwendig, die im Zusammenhang mit der Globalisierung unvermeidliche Konzentration von Unternehmen in den Blick zu nehmen. Wir müssen uns nicht nur fragen, ob mittelständische Unternehmen noch in großer Zahl vorhanden sind, sondern vor allem auch, ob der Mittelstand wirklich frei ist. Wie frei ist heute etwa ein mittelständischer Zulieferbetrieb von Großunternehmen? Für diese zweite Baustelle steht stellvertretend Mario Monti. Deswegen haben wir uns nicht sehr schwer getan, Herr Monti, Ihnen den Internationalen Preis dieses Jahres zuzuerkennen, und fühlen uns sehr geehrt, dass Sie diesen Preis annehmen.

Ich komme zur dritten Baustelle: Wenn die Zahl der Konkurrenten immer kleiner wird, dann muss man alles daran setzen, immer wieder neue Konkurrenten entstehen zu lassen. Das ist, »auf gut deutsch«, Mittelstandspolitik. Problematisch ist dabei allerdings die unterschiedliche Besteuerung von Kapital- und Personengesellschaften. Ich sehe ein, dass man nicht alles auf einmal angleichen kann. Aber dass es wirklich sinnvoll sei, jetzt über eine Körperschaftsteuersenkung zu reden, so lange man die Besteuerung der Personengesellschaften noch nicht an die der Kapitalgesellschaften angeglichen hat, erscheint mir fraglich. Ich bin zwar gelernter Verfassungsrechtler und muss das nicht verstehen. Aber man wird wohl noch fragen dürfen. Das ist die dritte Baustelle: Mittelstand, Mittelstand, Mittelstand! Der Mittelstand ist der Kern der Marktwirtschaft. Für zwanzig Großkonzerne und Global Players braucht man keine Marktwirtschaft, die helfen sich selbst, die kommen schon durch.

Die vierte Baustelle betrifft Menschen wie Frau Horn. Ich stelle mir folgenden Traum vor: Die neue Bundesregierung (oder sonst irgendeine) würde auf einen Schlag alle Forderungen nach Reformen erfüllen. Es gäbe Steuersenkungen, eine Reduzierung der Staatsquote, ein Aufbrechen des Arbeitsrechts, eine Vereinfachung des Steuerrechts, eine Verkürzung der Genehmigungsverfahren usw. Alles, was auch von mir jahrelang immer wieder gefordert wurde, würde erfüllt. Aber stellen wir uns vor, das geschähe alles auf einen Schlag. Wer von Ihnen glaubt, dass unsere Wirtschaft dann mit größerem Fortschritt, mit Innovationen, mit neuen Arbeitsplätzen, mit Freude am Arbeiten und ohne Gejammer aufblühen würde? Ich habe meine Zweifel. Wenn ein ganzes Volk eingeschlafene Füße hat, wenn ein ganzer Staatsapparat eingeschlafene Füße hat, kann mir niemand erzählen, dass ausgerechnet unsere wirtschaftlichen Führungsschichten keine eingeschlafenen Füße haben. Die schlafen zum Teil genauso.

Doch auch dies gehört dazu: Wenn ich Freiheit gebe, dann müssen die Menschen diese auch vernünftig nutzen. Freiheit bedeutet das Recht, zu demonstrieren und Flugblätter zu verteilen, aber das ist alles Papier und hilft uns nicht weiter. Die Leute müssen ihre Freiheit

nutzen, um etwas zu unternehmen. Das fehlt mir: Nicht nur in der Wirtschaft, in der ganzen Gesellschaft bewegt sich zu wenig. Da könnten doch Sie etwas tun, Frau Horn?

Sie machen das ja auch. Und deshalb verleihen wir Ihnen unseren Publizistikpreis, einen Preis, der Sie anspornen soll, nicht nachzulassen! Für politische Dinge stellt sich nicht die Frage: »Muss ich es dreimal oder viermal sagen?« In der Bibel steht über das Verzeihen: Du musst Deinem Gegner etwas sieben mal sieben mal verzeihen. Meine Erfahrung aus Wahlkämpfen ist, selbst beim 490. Mal funktioniert es nicht. Aber vom 491. Mal an kann es funktionieren. Und das erwarte ich auch von Ihnen Frau Horn! Herzlichen Dank!